

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 18. August 2001

112. Jahrgang Nr. 31.315

Senatskandidat Terragno

Die Internwahlen der Regierungspartei UCR in der Bundeshauptstadt haben am vergangenen Sonntag mit der Überraschung aufwartet, dass der Senatskandidat Rodolfo Terragno und der Deputiertererste Aldo Neri einen knappen Sieg mit 53 Prozent der rund 50.000 Stimmen davongetragen haben. Verlierer waren Facundo Suárez Lastra, vormalis Bürgermeister der Stadt Buenos Aires unter Präsident Alfonsín und derzeit Sicherheitssekretär des Regierungschefs Aníbal Ibarra, und Rafael Pascual, enger Vertrauter des Präsidenten de la Rúa. Ibarra's Sympathien begünstigten Neri, der ihn als Gesundheitssekretär begleitet und vormalis Gesundheitsminister Alfonsín's war.

In eingeweihten Kreisen hatte man vorweggenommen, dass Suárez Lastra und Pascual siegen würden. Sie genossen nicht nur die Unterstützung des Präsidenten, der als Parteipolitiker in der Stadt Buenos Aires, wo er als Regierungschef amtierte und die er mehrmals als Senator und Deputierter vertrat, Einfluss auf die Parteikader ausübt, sondern auch des besonders einflussreichen Parteimachters Enrique „Coti“ Nosiglia, vormalis letzter Innenminister Alfonsín's.

Insofern entpuppt sich die Niederlage von Suárez Lastra und Pascual als ein politischer Schlag gegen de la Rúa, der ihm sicherlich schwer zugesetzt hat. Parteipolitiker bauen stets ihre Parteibasis mit zahlreichen befreundeten Kadermitgliedern auf, die sie vielfach als Günstlinge mit Ämtern und Subventionen bei der Stange halten. Das hat sich am vergangenen Sonntag offensichtlich für de la Rúa und Nosiglia nicht bewährt.

Hinzu kommt die Tatsache, dass Rodolfo Terragno, vormalis Bauminister von Alfonsín und später Nationaldeputierter, ein erklärter Gegner des Wirtschaftsministers Cavallo ist, mit dem er vor mehreren Jahren Streitgespräche im Fernsehen geführt hat. Terragno war, wie erinnerlich, zehn Monate lang erster Kabinettschef de la Rúa's und wurde von Chrystian Colombo abgelöst. Seine Amtsführung war denkbar farblos, anders als die Colombos, der gegenwärtig wie ein machtbesessener Regierungschef agiert.

Insofern erwies sich der Wahlsieg Terragnos indirekt auch als eine politische Schlappe für Cavallo, den UCR-Parteichef Alfonsín bekanntlich gerne aus dem Amt entfernen würde, obwohl er „nolens volens“ anerkennt, dass Cavallo mit seiner Hauspartei Aktion für die Republik die Regierungskoalition erweitert hat, so dass mehr Stimmen in der Deputiertenkammer und gelegentliche Querverbindungen mit den Justizialisten anfallen. Das zählt schliesslich für machtbesessene Politiker wie Alfonsín.

Die Stadt Buenos Aires ist nun nicht mehr sichere parteipolitische Domäne de la Rúa's, zumal seine Gefolgsleute am vergangenen Sonntag weitgehend zu Hause geblieben und nicht zur Wahl angetreten sind. Die geringe Wahlbeteiligung von nur einem Viertel der 250.000 angeblichen Parteimitglieder (die Mitgliederzahl geht auf 1983 zurück, als Alfonsín gewählt wurde) dürfte Terragno und Neri massgebend zum Sieg verholfen haben. Die Mobilisierung der Gefolgsleute innerhalb der Partei, wenn Wahlen anstehen, ist die Hauptaufgabe der Parteiführer. Offenbar haben sich die Freunde de la Rúa's im Vorgefühl des erwarteten Wahlsieges gesonnt und die Mühe unterlassen, genügend Parteimitglieder zu den Urnen in den Wahllokalen zu bringen.

Suárez Lastra ist keinesfalls ein so getreuer Gefolgsmann de la

Großdemonstration gegen Sparpolitik

Buenos Aires (dpa/AT) - Erneut haben zehntausende Menschen in Buenos Aires gegen den Sparkurs und die Wirtschaftspolitik der Allianz-Regierung von Präsident Fernando de la Rúa demonstriert. „Schluss mit den Einschränkungen und Schluss mit dem Neoliberalismus“, sagte einer der Leiter der Proteste, Luis D'Elia, am Donnerstag bei einer Abschlusskundgebung vor der Casa Rosada. Seit Wochen entlädt sich die Frustration über die jahrelange Wirtschaftskrise, wiederholte Gehaltskürzungen und die steigende Arbeitslosigkeit immer wieder in Straßenblockaden und fast täglichen Kundgebungen.

Zuvor hatten in der dritten Woche in Folge Arbeitslose und Gewerkschaften mit dreitägigen Blockaden vor allem Straßen im Großraum Buenos Aires gesperrt. Wie schon in den Vorwochen, verliefen die Aktionen bis auf kleinere Zwischenfälle weitgehend friedlich. Zudem wurden sie von der Bevölkerung mit einigem Verständnis hingenommen.

Vor zwei Wochen hatten die Demonstranten zunächst an einem Tag landesweit Straßen gesperrt. Vergangene Woche waren es zwei Tage. Die Organisatoren wollen die Aktionen mit jeder Woche ausweiten. Außerdem fordern sie die Freilassung von Straßenblockeuren, die bei früheren Aktionen festgenommen worden waren.

In der Provinz Buenos Aires setzten zudem auch die Lehrer staatlicher Schulen ihren mehrwöchigen Streik fort. Sie wehren sich dagegen, einen Teil ihres Lohnes nur noch in Gutscheinen, so genannten „Patacones“, ausgezahlt zu bekommen, deren Kaufkraft unklar ist.

Rúa's wie Pascual. Trotzdem trat er im Wahlkampf für die Regierungspolitik ein, wiewohl er dieser mit einiger Kritik gegenüber steht. Terragno gebärdete sich indessen wie ein Oppositionspolitiker, der die Regierungspolitik, insbesondere die Wirtschaftspolitik, reformieren will. Was ihm dabei genau vorschwebt, ist nicht bekannt.

Zur Diskussion steht die „default“ genannte Zahlungseinstellung der Staatsbonds, die Abwertung, lies Loslösung von der Konvertibilität, die Dollarisierung und die Konfiskation von Depositen. De la Rúa lehnt alle vier Massnahmen entschieden ab, während man bei Terragno nie weiss, wie weit er mit der Reform der Wirtschaftspolitik vorprescht, ähnlich wie es andere Parteipolitiker auch praktizieren. Sie wollen stets den Bär waschen, ohne seinen Pelz nass zu machen.



SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

O'Higgins 4380 - CP 1429 - Buenos Aires - República Argentina
Tel/Fax: (54-11)4704-0977 - info@multimedia.com.ar

Randglossen

Die mediensüchtige Abgeordnete aus Chaco Elisa „Lilita“ Carrió steht dem Kammerausschuss vor, der sich mit den Schachteln voller Bankauszügen des US-Senats befasst. Dieses Informationsmaterial wurde von der Minderheit eines Senatsausschusses zusammengetragen und betrifft zahllose Bankkonten sowie Transfers vieler Firmen und Personen, die Carrió in ihrem Bericht der Öffentlichkeit mitteilte, als ob es sich durchweg um Schwerverbrecher handelte. Carriós Bericht wurde von anderen Ausschussmitgliedern als voreilig und medienwirksam kritisiert, so dass die streitsüchtige Abgeordnete zurücktrat, aber die unwiderrufliche Demission danach zurückzog und versprach, sich künftig im Einvernehmen mit den Kollegen zu verhalten, was ihr sicherlich schwer fallen wird. Unterdessen sieht sie mehreren Verleumdungsprozessen beschuldigter Personen entgegen, deren Ehre sie ohne Beweise verletzt hat, darunter auch Kabinettschef Colombo und Wirtschaftsminister Cavallo, die Carrió mit falschen Angaben über angebliche Auslandskonten als Verbrecher bezeichnete.

In der Stadt Buenos Aires sind die Republikaner Cavallos mit den Menemistischen Justizialisten eine Wahlallianz eingegangen, die den früheren Rennbootfahrer Daniel Scioli zum Senatskandidaten kürt. In Córdoba haben die gleichen Republikaner sich mit PJ-Gouverneur de la Sota auf eine Allianz für die Wahlen vom 14. Oktober geeinigt. Cavallo hat zwar sein Amt als Vorsitzender der Aktion für die Republik vorübergehend niedergelegt, während er das Amt des Wirtschaftsministers betreibt, versteht sich aber als Koalitionspartner der Regierungsalianz der Radikalen und der linkslastigen Frepaso-Politiker, soweit sie noch bei der Stange bleiben. Seine jüngsten Wahlallianzen mit den Justizialisten Menems und de la Sotas bedeuten hingegen Abmachungen mit Oppositionsparteien zwecks Stimmenfang, so dass niemand mehr klug aus der argentinischen Parteienlandschaft wird, in der sich Regierung und Opposition gleichzeitig befehden und koalieren.

Terragno siegt in UCR-Internwahl

Ex-Kabinettschef setzte sich gegen Suárez Lastra durch

In einer Internwahl mit im Verhältnis zur Gesamtmitgliederzahl geringen Beteiligung gaben die Radikalen in der Hauptstadt am Sonntag mit 25.900 Stimmen der Liste „Encuentro“ (Begegnung) den Sieg. Die Senatorenkandidatur von Listenführer Rodolfo Terragno und die Abgeordneten kandidatur von Aldo Neri wurde dadurch bestätigt. „Jetzt wird es zu einer Neubelebung der Allianz kommen“, sagte Terragno nach Bekanntgabe des Ergebnisses. Zugleich fügte er an, es gebe „keinerlei Schwierigkeiten“ bei der Integrierung von Listen mit dem Frepaso. Der indirekte Wahlverlierer Präsident Fernando de la Rúa hatte im Stadtviertel Recoleta gewählt.

Die delarruistische Liste „Compromiso Progresista“ (Fortschrittsverpflichtung) mit dem Spitzenkandidaten Facundo Suárez Lastra und Rafael Pascual, dem derzeitigen Präsidenten der Abgeordneten-

kammer als erster Abgeordneten kandidant bekam nur 22.652 Stimmen. Ein Sprecher gestand ein Mitternacht die Niederlage ein. Suárez Lastra selbst stellte in einem Zeitungsinterview fest, „ungeachtet dessen, dass die Differenz in der Stimmenzahl kaum 3000 beträgt, ist die Wahl ein Hinweis auf die breite Ablehnung der Wirtschaftspolitik der Nationalregierung durch die Mitglieder in der Hauptstadt“.

Die Liste „Encuentro“ mit dem Spitzenkandidaten Terragno setzte sich in 18 von 28 Wahlsprengeln der Hauptstadt durch und konnte für sich 53 Prozent der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen. Der Ex-Kabinettschef Fernando de la Rúa dominierte in den Stadtteilen Once, Flores, Barrio Norte, La Boca, Caballito, Belgrano, Palermo, Colegiales, San Telmo und Villa Devoto. Im Wahlsprengel der Wohnung de la Rúas unterlag Terragno um knapp 100 Stimmen. Mit dem Resultat, so gab Suárez Lastra, Wunschkandidat de la Rúas, zu, hätten die radikalen Kritiker der Regierung gesiegt.

Die Sprecher beider Listen stimmten darin überein, dass sich nur 25 Prozent der Mitglieder der Hauptstadt-UCR an der Wahl beteiligten. Im Klartext: nur 50.000 von insgesamt 200.000 Mitgliedern begaben sich an die Urnen. Auch wurde die Ansicht geäußert, dass die Veranstaltungen anlässlich des „Día del Niño“ (Tag des Kindes) und das schöne Wetter zwei gewichtige Gründe für die geringen Wahlbeteiligung gewesen seien. Die UCR hatte 537 Wahllokale bestimmt, wie die Wahlbehörden mitteilten.

Terragno, der sich mit Gabriela González Gass die Listenspitze teilte, hatte sich vor der Wahl kritisch über de la Rúa geäußert. Seine Gefolgsleute ließen verlauten, der Delarruismus habe mit der Unterstützung von Enrique Nosiglia viele Leute mobilisiert, doch sei es ihm nicht gelungen, das Klima auf der Straße zu verbessern. Im letzten Moment war eine dritte Liste präsentiert worden, „Bases Radikales“ (Radikale Grundlagen), mit dem Senatorenkandidaten Gustavo Soler, die gegenüber den Listen von Terragno und Suárez Lastra keine Chancen hatte.

Staatsausgaben werden eingeschränkt

Rationalisierung im Justizministerium / Kürzungen im Innenministerium

Mit der Absicht, ihren Sparwillen in Übereinstimmung mit dem Null-Defizit-Gesetz unter Beweis zu stellen, hat die Regierung am Dienstag die Kabinettsitzung eben diesem Thema gewidmet. Justizminister Jorge de la Rúa nahm einen großen Teil der Sitzung dafür in Anspruch, die in seinem Ressort bereits durchgeführten Einsparungen zu beschreiben.

Gemäß dem Bericht des Sprechers Juan Pablo Baylac hatte das Justizministerium 1999 einen Haushalt in Höhe von 126,1 Millionen Pesos. Im darauffolgenden Jahr 2000 wurde der Haushalt des Ministeriums auf 97,5 Millionen herunterschraubt und in diesem Jahr erreicht er gerade 84,7 Millionen. Dies entspricht einer Senkung um 41,4 Millionen Pesos, einem Drittel des ursprünglichen Haushaltes.

Die Veröffentlichung der drastischen Kürzungen im Justizministerium und der Einschluss von PAMI und ANSeS in die Gehaltskürzungen, der am Montag bekannt wurde, erfolgte während der Vizewirtschaftsminister Daniel Marx mit dem Weltwährungsfonds (FMI) über eine Sonderhilfe verhandelt, die zur Überwindung eines finanziellen Engpasses dienen soll. Die neuen Ankündigungen über die Kürzungen im Staat findet statt, nachdem erst am Tag zuvor US-Präsident George W. Bush die Hilfe davon abhängig gemacht hat, dass die Einsparungen in den öffentlichen Ausgaben effektiv und bis zum Erreichen des Nulldefizits durchgeführt werden.

Der nächste, der am Dienstag Vortrag über sei-

ne Einsparungen hielt, war Verteidigungsminister Horacio Jaunarena, der außerdem einen Plan zur Vereinigung von Marine und Prefectura Naval präsentierte. Auch Innenminister Ramón Mestre referierte über sein Einsparprojekt, das größtenteils bereits verwirklicht ist. Es sieht die Einschränkung des Vertragspersonals vor, wofür aber noch die Bestätigung durch Kabinettschef Chrystian Colombo fehlt.

Der eigentliche „Star“ des Tages aber war der Bruder des Präsidenten, Jorge de la Rúa, der in seiner Bilanz des Ressorts feststellte, es habe Extragehälter von politischen Beamten in Höhe von 3.500 bis 4.500 Pesos, Personalanreizzulagen von 3.500 Pesos und mangelhafte Information in Zeitverträgen, in Reinigung, Post und Patentvergabe gegeben. Gemäß Jorge de la Rúa war die erste Maßnahme die Beseitigung der Extragehälter. Danach sei ein Limit für die Gehälter dieser Personengruppe in Höhe von 1.700 Pesos und eine drastische Kürzung der vertraglich vorgesehenen Gehälter zum 30. Juni vorgenommen worden. Dazu wurden die vertraglich festgelegten Preise um 20 bis 54 Prozent gesenkt. De la Rúa unterstrich auch als eine Maßnahme zum Vorteil der Konsumenten die Senkung der Kosten der Zusendung der Autokennzeichen von 22 auf vier Peso.

Staatssekretär Marcos Makon erstattete am Ende einen Bericht über die angelaufene Modernisierung des Staates, die nicht nur im Zusammenhang mit dem Null-Defizit zu tun hätten, sondern auch, um seine Wirksamkeit zu stärken.

Schließung von drei Antarktisstützpunkten

Spekulationen über ein Geheimabkommen zwischen London und Buenos Aires

Argentinien wird drei seiner sechs ständig besetzten Forschungsstationen in der Antarktis schließen. Zur Begründung hieß es, der Staat müsse wegen der schweren Finanzkrise sparen, berichteten die Medien am Mittwoch. Die Stationen würden künftig nur noch zeitweise genutzt. Die Zeitung „Clarín“ berichtete jedoch, die Regierung habe die Schließung der Basen Großbritanniens zugesagt. Im Gegenzug habe London seinen Widerstand gegen Buenos Aires als ständigen Sitz des Sekretariats für den Antarktisvertrag aufgegeben. Die argentinische Hauptstadt hatte daraufhin von den Mitgliedern des Vertrages im Juli den Zuschlag für das Sekretariat erhalten.

Im vergangenen Jahrzehnt war die Begründung für die Ablehnung der argentinischen Kandidatur immer die gleiche: Die exzessive Präsenz argentinischer Militärs in der Antarktis. Vor einem Monat etwa, bei dem letzten Treffen der 27 Mitgliedsstaaten des Abkommens im russischen St. Petersburg, änderte sich die Einstellung jedoch ganz überraschend.

Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini feierte dies als einen Sieg der argentinischen Diplomatie. Allerdings wird offiziell ein Zusammenhang zwischen der Änderung der britischen Haltung und dem Abbau der Antarktisstützpunkte abgelehnt und ebensowenig auf die Frage der möglichen Vor- und Nachteile: Verminderung der Präsenz im Tausch für den Sitz des Antarktisabkommens.

Das Geheimabkommen wird allerdings inoffiziell durch verschiedene Quellen bestätigt. So haben unabhängig voneinander britische Di-

plomaten und ein hochrangiger argentinischer Offizier gegenüber einer in Buenos Aires erscheinenden Tageszeitung die Existenz des Abkommens bestätigt. Der Militär machte keinen Hehl aus seinem Unbehagen über eine kürzlich erlassene Anordnung des Verteidigungsministeriums, mindestens drei der sechs dauernden Stützpunkten in der Antarktis zu schließen.

Die von der Schließung bedrohten Dauerstützpunkte sind San Martín, Esperanza und Orcadas, der älteste, der nur mehr zu bestimmten Zeiten in Betrieb sein wird, wie aus Militärkreisen und der Legislative von Tierra del Fuego verlautet. In Orcadas wurde die argentinische Fahne zum ersten Mal 1904 gehisst. Der Stützpunkt Esperanza wurde erst 1952 gegründet und ist die bedeutendste menschliche Niederlassung der Antarktis. Mit ununterbrochen Winden mit Geschwindigkeiten von über 200 Stundenkilometern sind dort seit 1978 ein Hort, ein Kindergarten und die erste Schule der Antarktis in Betrieb. Außerdem gibt es eine Kapelle und einen Radiosender.

Von den sechs Dauerstützpunkten werden Marambio, Belgrano und Jubany weiterhin in Betrieb bleiben. Daneben existieren weitere sieben Stützpunkte, die aber nur zweitweise betrieben werden und daher nicht Gegenstand der Debatte sind.

Entsprechend der offiziellen Zahlen kostet die Erhaltung der Stützpunkte Marambio, Orcadas, Esperanza, San Martín, Belgrano und Jubany rund 1,5 Millionen Pesos im Jahr. Nochmal so viel wird für Lebensmittel- und andere Transporte ausgegeben.

WOCHENÜBERSICHT

Präsidentenbesuch



Präsident Fernando de la Rúa hat am Mittwoch seinen Amtskollegen aus Costa Rica, Miguel Ángel Rodríguez, empfangen. Beide Staatsoberhäupter unterzeichneten in der Casa Rosada bilaterale Wirtschaftsjahresprojekte. Zu Wochenbeginn traf sich de la Rúa auch mit Brasiliens Außenminister Celso Lafer.

„Lecop“

Die Regierung hat am Dienstag eine Ersatzwährung für die Provinzen mit dem Namen „Lecop“ aufgelegt. Diese Schuldscheine im Nennwert von einer Milliarde Pesos und einer Laufzeit von maximal fünf Jahren könnten in 14 der 23 Provinzen als Zahlungsmittel zirkulieren, teilte Wirtschaftsminister Domingo Cavallo mit.

Allianzwahlen in Tucumán

Bei den Internwahlen der Allianz in der Provinz Tucumán hat sich Ramón Graneros knapp gegen

seinen Rivalen Neme Sheij durchgesetzt. Graneros wird damit an der ersten Position der Kandidatenliste für die nationale Abgeordnetenkammer geführt.

PJ-Wahl in Buenos Aires

Im bonaerenser Vicente López haben bei den PJ-Internwahlen am Sonntag die Anhänger Duhaldes dem Menemismus eine schwere Niederlage zugefügt. Sie erreichten nicht weniger als 60 Prozent der abgegebenen Stimmen gegenüber den 35 Prozent der menemistischen Fraktion.

PJ-Wahl in Catamarca

Zur Überraschung sowohl von Beteiligten wie auch politischen Beobachtern hat der Generalsekretär der Gastgewerbebewerkschaft, Luis Barrionuevo, am Sonntag die Internwahl des PJ in Catamarca mit 59:35 Prozent deutlich für sich entschieden. Zweiter wurde Ramón Saadi. Barrionuevo kann sich nun im Oktober als Kandidat um einen Sitz im Nationalsenat bewerben.

Carrió bleibt

Elisa Carrió will nun doch nicht den Vorsitz der Sonderkommission des Kongresses für die Untersuchung der Geldwaschaktivitäten aufgeben. Dies erklärte die Abgeordnete am Donnerstag vor Journalisten. Carrió hatte zuvor ihren

Rücktritt angekündigt, weil sechs der zehn Kommissionsmitglieder einen von Carrió ausgearbeiteten Untersuchungsbericht nicht unterzeichnen wollten. Der Text enthält Untersuchungen zu mutmaßlich illegalen Aktivitäten von Bankern, Unternehmern, ehemaligen menemistischen Funktionären und Beamten der aktuellen Regierung. Die Untersuchung der Kommission hat ihren Ausgangspunkt in den Ergebnissen einer Überprüfung des US-Senats.

Familiensinn

In Santiago del Estero hat am vergangenen Wochenende PJ-Gouverneur Carlos Juárez nicht sich selbst als Senatorenkandidat für die Oktoberwahl küren lassen, sondern ließ ein gleiches für seine Ehegattin Nina Aragonés geschehen, die als Spitzenkandidatin für die Abgeordnetenkammer präsentiert wurde. Aragonés ist derzeit Vizegouverneurin der Provinz. Unterdessen erklärte der Bürgermeister der Provinzhauptstadt und Senatorenkandidat, der Radikale José Zavalía, dass den zweiten UCR-Listenplatz seine Schwester Cristina, derzeit Gemeinderätin in La Banda, einnehmen wird.

Kandidat Duhalde

Bei den Internwahlen des bonaerenser PJ ist am Sonntag erwar-

tungsgemäß die Kandidatur von Ex-Gouverneur Eduardo Duhalde für den Nationalsenat bestätigt worden. Von insgesamt 7,8 Millionen Wahlberechtigten gaben nach inoffiziellen Angaben höchstens 300.000 Personen ihre Stimme ab.

Gentleman's agreement

Die hauptstädtischen Cavallisten und Peronisten haben am Montag vereinbart, zusammen in die Oktoberwahlen zu gehen. Sie einigten sich auf den Menemisten Daniel Scioli als Kandidat für den Nationalsenat und auf Cavallos Mann Alfredo Castañón als ersten Abgeordnetenkandidat. Das Wahlbündnis aus PJ und Acción por la República heißt nach der Registrierung am Dienstag nun Unión por Buenos Aires.

Unheilige Allianz

Der im Zusammenhang mit den illegalen Waffenverkäufen in Hausarrest sitzende Ex-Präsident Carlos Menem, der im Oktober für einen Senatssitz kandidieren will, hat am Mittwoch mit dem seit August 1999 wegen insgesamt 60 Korruptionsfällen inhaftierten Ex-Gouverneur Raúl 'Tato' Romero Feris ein Wahlbündnis geschlossen. Romero Feris, der ebenfalls gerne Senator werden will, und Menem wollen sich demnach bei den Legislativwahlen unterstützen.

Astiz wird nicht ausgeliefert

Argentinien hat die Auslieferung des wegen Menschenrechtsverbrechen unter der Militärdiktatur (1976-1983) verurteilten Marineoffiziers Alfredo Astiz an Frankreich und Italien abgelehnt und ihn freigelassen. Außenminister Adalberto Rodríguez Giavarini sagte am Dienstag zur Begründung, Astiz könne nicht in einem anderen Land für angebliche Verbrechen in Argentinien belangt werden.

Argentinien pocht auf das im internationalen Strafrecht als überholt geltende Territorialprinzip, nach dem jemand nur dort angeklagt werden kann, wo das Verbrechen begangen wurde. In Argentinien können die Täter aber wegen der Ende der 80er Jahre erlassenen Amnestien nicht belangt werden.

Italien und Frankreich hatten die Auslieferung des als „blonder Engel“ berüchtigten Astiz wegen der Entführung und des Verschwindenlassens von Bürgern dieser beiden Länder beantragt. 1990 war Astiz in Frankreich in Abwesenheit wegen der Ermordung der französischen Nonnen Alice Domon und Leonie Duquet zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden.

Astiz hatte sich Anfang Juli wegen des vorliegenden internationalen Haftbefehls freiwillig gestellt. Auch die schwedische Justiz ermittelt gegen Astiz. (dpa/AT)

FUNDACIÓN FAVALORO
Ayúdenos a continuar su obra



DONE \$ 5 MENSUALES CON SU TARJETA DE CREDITO
(011) 4378-1200/1300
interno 9

Ticket gelöst

„Albiceleste“ nach Sieg in Ecuador für die WM 2002 qualifiziert

Argentinien hat sich als neuntes Team und erste Mannschaft aus Südamerika für die Fußball-Weltmeisterschaft 2002 in Japan und Südkorea qualifiziert. Die Tore zum 2:0 (2:0)-Sieg der „Albiceleste“ über Ecuador erzielten am Mittwoch vor 46.000 Zuschauern im Stadion Atahualpa in Quito Spielgestalter Juan Sebastián Verón mit einem herrlichen Fernschuss aus rund 30 Metern in der 20. Minute und Stürmer Hernán Crespo (35.) per Handelfmeter.

Mit 35 Punkten und 14 Zählern Vorsprung auf den Fünften Uruguay ist der Mannschaft von Trainer Marcelo Bielsa die WM-Teilnahme damit nicht mehr zu nehmen. Lazio-Stürmer Crespo ließ mit seinem neunten Qualifikationsstor zudem die Konkurrenten Agustín Delgado (Ecuador) und Romário (Brasilien, beide acht Treffer) in der Torjägerstatistik hinter sich.

Nur zu Beginn der technisch auf hohem Niveau stehenden, angesichts der Höhenluft (2 800m) aber nicht besonders schnell geführten Partie stand Argentinien unter Druck. Torhüter Germán Burgos verhinderte jedoch gegen Iván Kaviedes und Delgado einen frühen Rückstand.

Nach dem 1:0 beherrschte der Tabellenführer die Partie dann fast nach Belieben und konnte in der



WM-Teilnehmer: Diego Simeone (li.) und Torschütze Hernán Crespo.

(AP-Foto)

zweiten Halbzeit gar einen Gang zurückschalten. „Mit ein bißchen mehr Zielstrebigkeit hätte das Ergebnis sogar noch höher ausfallen können“, sagte ein zufriedener Goalgetter Crespo nach dem Schlusspfiff. Dennoch sei es „herrlich“, bereits so frühzeitig für die WM-Fahrkarte gelöst zu haben.

Trainer Marcelo Bielsa hat aus dem von Vorgänger Daniel Passarella 1998 nach der WM in Frankreich übernommenen Stamm eine sich fast blind verstehende Mann-

schaft geformt, die in Quito schon selbst den einzigen Wermutstropfen in den Freudenbecher träufeln musste: Der nach dem Match als bester Mann auf dem Platz ausgezeichnete Mittelfeldstratege Verón ist nach einer gelben Karte für das kommende Heimspiel im September gesperrt. Der „Hexer“ verpasst damit die Revanche gegen Brasilien: Vor 13 Monaten fügte die „Selecao“ den Argentinern beim 3:1 in Sao Paulo die einzige Niederlage in 14 Qualifikationsspielen zu.

Akita teil. Trotz finanzieller Probleme wolle das Team nicht auf eine Teilnahme verzichten, teilte der deutsche Verband am Sonntag mit.

TABELLE

Fußball Südamerika

14. Spieltag: Ecuador - Argentinien 0:2, Brasilien - Paraguay 2:0, Venezuela - Uruguay 2:0, Chile - Bolivien 2:2, Kolumbien - Peru 0:1.

Tabelle: 1. Argentinien 35:11 Tore, 35 Punkte; 2. Paraguay 21:13, 26; 3. Ecuador 17:18, 25; 4. Brasilien 24:12, 24; 5. Uruguay 14:10, 21; 6. Kolumbien 12:13, 19; 7. Peru 13:17, 15; 8. Bolivien 15:21, 14; 9. Chile 14:20, 11; 10. Venezuela 10:40, 7.

Fußball

Der Ball rollt

Der zweiwöchige Streik im argentinischen Profifußball um ausstehende Gehälter und Prämien von rund 30 Millionen Pesos ist beendet. Mit der Begegnung Racing Club - Argentinos Jrs. (Spiel hatte bei Redaktionsschluss noch nicht begonnen) wurde am gestrigen Freitag zugleich die Saison 2001/02 angepfiffen. Am Montag hatte die Spielervereinigung FAA einem Vorschlag des Argentinischen Fußball-Verbandes (AFA) zugestimmt. Der Kompromiss sieht vor, dass die AFA zunächst 35 Prozent der Gehaltsschulden begleicht. Der Rest soll in höchstens 18 Monatsraten zu je einer Million nachgezahlt werden.

Hockey

Siegreiche „Löwinnen“

Die deutschen Damen haben im Rahmen einer Länderspiel-Serie einen Test gegen Argentinien mit 2:3 (2:1) verloren. Vor 811 Zuschauern in Dortmund erzielte am Mittwoch die Mannheimerin Fanny Rinne beide Tore für die deutsche Mannschaft. Bereits zuvor hatten die argentinischen „Löwinnen“ einen 3:1-Sieg verbucht. Ein Spiel endete 2:2.

Rollhockey

Deutsche für Argentinier

Die deutsche Rollhockey-Nationalmannschaft nimmt als Nachrücker für Weltmeister Argentinien an den World Games vom 17. bis 20. August im japanischen

Intelligente Holzkiste

Der Sonnenofen ist nichts anderes als eine intelligente Holzkiste mit doppeltem Glasdeckel. Für eine gute Wärmedämmung sorgen das schwarz beschichtete Aluminium und die zwischen den Holzleisten sitzende Baumwolle. Mit Hilfe der Doppelverglasung entsteht ein Wärmestau, ähnlich dem Effekt eines Treibhauses, der bei optimaler Sonneneinstrahlung das Innere des Gehäuses auf 120 bis 160 Grad Celsius erhitzt. Die Backform oder der Kochtopf sollte aufgrund der Absorption schwarz sein. Platz in der Küche nimmt der transportable, nur rund zehn Kilogramm schwere Sonnenofen übrigens kaum weg - er kann problemlos an jedem geräumigen Fenster mit Sonneneinstrahlung aufgestellt werden.



Von der Sonne gebackener Kuchen

Während sich der Sonnenofen vor allem zum Backen eignet, können mit dem Parabolspiegel, dessen Aluminiumlamellen die Sonnenstrahlen direkt auf den schwarzen Kochtopf reflektieren, sämtliche Gerichte in großer Menge zubereitet werden.

Die Baupläne und der Modellsatz der von Eva Domínguez verwendeten Solarkocher stammen von der „Solaren Brücke“ aus Deutschland.

Die Sonne schickt keine Rechnung

Eine 25-jährige Argentinierin rüstet Schulen mit Solarkochern aus

Von Klaus Schirmer

Das geheimnisvolle Gepäck machte die Zollbeamten am Flughafen in Ezeiza erst einmal stutzig. Denn auf keiner der sonst so zuverlässigen Listen fand sich eine geeignete Sparte, um das seltsame Frachtgut aus Holz- und Aluminiumteilen, das direkt vom Bodensee kommend in Buenos Aires eingetroffen war, einzutragen und damit bürokratisch korrekt „abzuhaaken“.

Heute kann Eva Domínguez über die ungläubigen Gesichter der Zollbeamten nur lachen. „Ende gut alles gut“, sagt die 25-jährige Argentinierin. Nach einigem Hin und Her und erstaunten Ausrufen des Flughafenpersonals habe sie die in Einzelteile zerlegten Solarkocher letztlich doch noch durch den Zoll bekommen, auch wenn ihre Energiequelle Sonne dem Staat nur schwerlich Steuereinnahmen verspricht.

Mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung der internationalen Frauenorganisation ZONTA absolvierte die diplomierte Sozialpädagogin von Februar bis Mai am Bodensee eine Fortbildung über Einsatz und Funktionsweise von umweltschonenden Solarkochern. Im Gespräch mit dem AT zeigt sich die junge Frau noch im-

mer beeindruckt vom Umweltbewusstsein in Deutschland. „Neben einer einsamen Waldbank stehen da fünf kleine, verschiedenfarbige Müllbehälter zur Abfalltrennung“, berichtet Domínguez. Da habe man in Argentinien noch viel nachzuholen.

Gelernt hat die „Solarschülerin“ bei den Kursen in Altötting und Bad Säckingen die Bau- und Funktionsweise von Solaröfen und Parabolspiegeln. „Beides sind so genannte Solarkocher und gehören in der Fachsprache zu den Low-Tech-Solar-Geräten“, erklärt die Sozialpädagogin, die bei ihrer Arbeit von der Bauingenieurin Susana Mazzoli unterstützt wird. Die Geräte funktionierten ohne grossen technischen Aufwand, ihre einzige Energiequelle sei umweltschonend und für jedermann kostenlos - die Sonne.

Mit den erworbenen Fertigkeiten wird Eva Domínguez jetzt zusammen mit ihrer Partnerin Mazzoli die Herstellung von Solarkochern in Argentinien betreiben, getreu dem Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“. Ein erstes Projekt in Luján ist bereits im Gange. Dort sorgt derzeit in einer Schule, wo es keinen Strom gibt, ein Parabolspiegel für warmes Mittagessen. Finanziert wurde die Installation vom Sekretariat für soziale Entwicklung der Provinz Buenos Aires. „Wir sprechen in erster Linie Schulen und Kindertagesstätten an“, sagt Domínguez. Denn vor allem der Parabolspiegel mache erst bei „großen Portionen wirklich Sinn“. Auch ein bedeckter Himmel bedeute nicht gleich eine kalte Küche, auch wenn die erzielte Temperatur natürlich geringer ausfalle, wie Eva einräumt.

„Für alle Fälle sollte man deshalb stets auf einen Herd zurückgreifen können“, gibt die 25-Jährige aus Flores zu - ohne Gas oder Strom geht es eben noch nicht ganz. Den Einwand, dass man mit Solarkochern mehr Zeit fürs Kochen benötige, kontert Domínguez aber sofort. Es sei alles nur eine „Frage der Organisation und Gewohnheit“. Da in Solaröfen nichts anbrenne, könne man sich während des Kochens sorglos anderen Aufgaben zuwenden, während das Essen strahlend in der Sonne koche.

(Information:
Eva Domínguez,
Tel. 4611-1130)

INVIERTA EN DIAMANTES

KOH-I-NOOR



KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM.

Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers.

Frentes curvos, acabados blancos, blancos.

Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.

NUEVA LINEA DE
HELADERAS Y FREEZERS

Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia de Buenos Aires - Argentina.
Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.



AUSFLÜGE UND REISEN

Tourismus-Beratung

Touristen haben es meist schwer sich aufgrund von Sprachschwierigkeiten, in fremden Ländern zurecht zu finden. Für solche Fälle sind in Argentinien mehrere Auskunfts- und Beratungsstellen eingerichtet worden, die im Prinzip für Ausländer gedacht sind, aber von jedermann benutzt werden können.

Die Nationaldirektion für Fremdenverkehr, Sector, bietet für solche Fälle die Gratisrufnummer 0800-333-82667 täglich von 6 bis 24, und zwar zweisprachig.

Die Sector betreibt ausserdem eigene, mit geschultem Personal besetzte Auskunftsbüros in Ezeiza und Aeroparque unter dem Motto „Major Argentina -Vamos“.

Beim Verlust von Papieren und ähnlichen Zwischenfällen hilft das „Programa de Ayuda y Asistencia al Turista“ (Proatur), Tel. 4310-0707, Interno 298. Proatur betreibt auch eine Dienststelle im Kopfbahnhof Retiro Mitre, Büro 98.

Ganz Patagonien

Vom 5. bis 9. September findet wie in jedem Jahr, in der Rural, die Ausstellung Patagonia Total 2001 statt. Es werden dort neben Ausflugszielen in den Südprowinzen wie den Naturparks zwischen Rio Colorado und Feuerland auch über Zeltausrüstungen, Wandern und Bergsteigen Informationen angeboten. Ausserdem wird über interessante Sehenswürdigkeiten sowie sämtliche Übernachtungsmöglichkeiten, wie Hotels, Hostels oder auf den beliebten Estancias, berichtet.

Antarktis-Saison beginnt bald

Schon ab November setzten bei Antarctica Expeditions die Kreuzfahrten zum Weissen Kontinent ein. Bis Februar besteht regelmässig die Möglichkeit die Kaiser-Pinguine zu besuchen. Gereicht wird zunftgemäss nach den russischen Eisbrechern „Professor Molchanov“, „Professor Miltanovsky“ und „Kapitan Dranitsyn“. Der Vorteil dieser Veteranen ist, dass jeweils nur knapp über 50 Fahrgäste an Bord sind und man sich neben der individuelleren Bedienung etwa beim An-Land-Gehen an den Motorbooten nicht drängeln muss.

Die erste Reise beginnt - wie alle übrigen - in Ushuaia und dauert zehn Tage, Preis ab 2.450 Dollar pro Person. Bei Reservierungen bis zum 30. September gibt es Ermässigung.

Auskunft durch Zelfa Silva, Tel. 4806-6326.

Marlú

VW will im General Pacheco Mittelklasse fertigen

In einem Interview, das Viktor Klima, Präsident der VW Argentina, der Tageszeitung BAE gewährte, erklärte er, dass VW weiter in Argentinien produzieren wird, allerdings mit einer neuen, mit der Produktion in Brasilien abgestimmten Strategie.

Bisher hätten die VW-Werke in Argentinien und Brasilien die gleichen Modelle erzeugt, was die argentinische Fertigung auf ihren Binnenmarkt beschränkte und eine expansive Produktionsskala behinderte. Dieser Binnenmarkt sei durch die Absatzkrise stark geschrumpft, der Mercosur biete jedoch bedeutende Wachstumsmöglichkeiten. Deshalb wolle VW hier, in der Fabrik in General Pacheco, nur ein Pkw-Modell erzeugen, das jedoch nach ganz Südamerika und auch darüber hinaus geliefert werden soll. Für Lieferungen nach Europa fehlen noch die entsprechenden Abkommen zwischen der EU und dem Mercosur. V. Klima hoffe, dass die beiden Partner die Notwendigkeit dieser Abkommen in vollem Umfang verstehen.

Als in Frage kommendes Modell werde der Polo Classic oder ein vollkommen neuer Wagen erwogen. Für den südamerikanischen Markt müsse er äusserlich anziehend, sparsam und sehr konkurrenzfähig sein. Das Unternehmen denke an eine Ausfuhrmenge von 17.000 im Jahr, um die Absatzeinbrüche am argentinischen Markt wettzumachen.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigsten Banken für Frsteinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7% und für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 2,5% auf 334,74, der Burcapindex um 2,9% auf 658,86 und der Börsenindex um 2,5% auf 12.974,64.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 2,3% auf \$ 0,6975.

Der ZB-Dollarkurs für Aussenhandelsgeschäfte betrug am Donnerstag \$ 1,0424.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen am 13.8. \$ 15,60 Mrd., der Banknoten- und Guthabenumlauf \$ 12,55 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 15,37 Mrd. bzw. \$ 12,77 Mrd., vor einem Monat \$ 18,94 Mrd. bzw. 13,78 Mrd. und vor einem Jahr \$ 25,52 Mrd. bzw. \$ 14,39 Mrd.

Die Methanolfabrik von Repsol YPF in Plaza Huincul, Provinz Neuquén, mit 400.000 Jato Kapazität, dafür 80% für den Export, wird im Dezember betriebsfertig. Das Methanol für die EU und nach Brasilien, soll über 600 km als Bahnfracht bis an den Hafen von Bahía Blanca gehen. Für die Verschiffung wurde der norwegische Odfjell, über ihre hiesige Tochter Tagsa, eine Anlage zwischen Ing. White und Puerto Galván mit 2 Behältern für 25.000 cbm in Auftrag gegeben. Da die notwendigen Amtswegen bei den Behörden in Bahía Blanca noch nicht abgeschlossen werden konnten, wird das Methanol nun einen mehr als doppelt so weiten Weg, 1.300 km, mit der entsprechenden Kostenerhöhung zurücklegen müssen, um in Ensenada verschifft zu werden.

Die Molkereien fordern für ihre Rohmilch einen besseren Preis und drohen, der Milchverarbeitenden Industrie ab dem nächsten Monat einen Tag in der Woche keine Milch zu liefern, falls bis dahin kein Abkommen erzielt wurde. Im Sitz des Landwirtschaftsverbandes CRA wurde erklärt, dass das um 15% weniger Milch wäre. Die Molkereien fordern \$ 0,32 pro l Rohmilch, gegen 15 bis 16 Centavos, die sie jetzt erhalten. Der Litterpreis an den Endverbraucher beträgt \$ 0,80. Schuld an der Lage seien die Regierung und die Supermarktketten, die aus ihrer Machtposition der Industrie immer niedrigere Preise böten.

Die Auseinandersetzung über den geschuldeten Endpreis zwischen dem argentinisch-paraguayischen Wasserkraftwerk Yacyretá und dem Eriday-Konsortium, das die Bauarbeiten durchgeführt hat, wird vor

die Internationale Handelskammer (CCI) mit Sitz in Paris gebracht. Die als Gericht angerufene Kammer muss rd. 50 Beschwerden von Eriday und 12 von Yacyretá prüfen, um die effektiven Kosten von Bauten und Dienstleistungen zu ermitteln. Damit wird von der Einberufung eines Schiedsgerichtes, wie es die Regierung Menem vorgeschlagen hatte, Abstand genommen. Eriday fordert rd. US\$ 2,3 Mrd. Yacyretá schätzt die effektive Schuld auf zwischen US\$ 200 und 700 Mio. und erwartet ein endgültiges Urteil in höchstens 2 Jahren.

Die Weinausfuhren haben im 1. Halbjahr im Vorjahresvergleich wertmässig um 22% auf US\$ 60 Mio. zugenommen, bei einer mengenmässigen Zunahme von 1%. Die Ausfuhren von konzentriertem Traubenmost konnten mengenmässig um 9,3% erhöht werden. Insgesamt wurden im Vergleichszeitraum Winzereiprodukte für US\$ 99,72 Mio., um 9,5% mehr, exportiert. Hauptkunden waren Grossbritannien, USA, Kanada, Brasilien und Holland.

Vor einem Jahr läutete die Regierung das Argentinische Digitalprogramm ein, um den Absatz von PCs mit Internetanschluss auf 300.000 im Jahr zu bringen. Nach 13 Monaten wurden von den von dem Banco de la Nación zur Verfügung gestellten Sonderkrediten nur etwa 50.000 in Anspruch genommen. Nun soll der Plan wieder angekurbelt werden.

Die Provinz Neuquén verlängert der Casino Magic, USA, die Konzession für die Spielkasinos in Neuquén Stadt und San Martín de los Andes um weitere 10 Jahre. Im Gegenzug verpflichtet sich die Firma, US\$ 15 Mio. in ein weiteres Spielkasino und ein Hotel zu investieren.

Alpesca, das Fischereiuunternehmen in Puerto Madryn der Textilfabrik Alpargatas, wurde der I & J (Irvine & Johnson), einem der grössten Erzeuger tiefgekühlter Lebensmittel Südafrikas, für US\$ 50 Mio. verkauft. Alpesca wurde im Vorjahr der Banco de la Nacion als Garantiestellung für einen US\$ 35 Mio.-Kredit verpflichtet, weshalb der Erlös als Teilzahlung der rd. US\$ 90 Mio. eingesetzt wird, die Alpargatas der Bank schuldet. Alpargatas hat auch ihre Schuhfabrik in La Pampa als Kreditgarantie eingetragen. I & J will weitere US\$ 50 Mio. investieren, um im Fischereibetrieb Tintenfische und Krebse zu verarbeiten, tiefzुकühlen, verpacken und auszuführen. Die Zahl der Mitarbeiter soll von 400 auf 1.200 erhöht werden.

Das Wärmekraftwerk Central Costanera hat im 1. Halbjahr \$ 3,7 Mio. Verlust, gegen \$ 34,6 Mio. Gewinn im gleichen Vorjahreszeitraum, gemeldet.

ANSeS-Interventor Douglas Llyal erklärte, von 64 Geschäftsführern würden nur 38 verbleiben. **Von den vertraglich verpflichteten Beamten seien schon 100 gekündigt worden, wobei er in diesem Sinn fortfahren würde. Bei diesen Beamten werde eine Höchstentlohnung von monatlich \$ 1.500 festgesetzt, wobei die Durchschnittsgehälter \$ 900 betragen. Die Zahlungen durch verlorene Prozesse werden nun mit 13% Kürzung geleistet.**

Beim Rentnersozialwerk PAMI hat die Regierung harte Sparmassnahmen verfügt. Man werde 3.000 Stellen streichen, 25% der Belegschaft. Das Dekret verfügt auch, rückwirkend ab dem 1.7.01 die 13%ige Gehaltskürzung für alle Beamten und die 30% Kürzung für Vertragspersonal. Gesundheits-Dienstleister werden keinen Kürzungen unterworfen, weil bei den neuen Verträgen bedeutende Kostensenkungen erreicht wurden. Sanatorien und Kliniken sollen jedoch komplette Betreuungen einschliesslich Alters- und Augenheilkunde bieten, was heute nicht der Fall sei. PAMI suche Kosten zu senken und nachher Auslandsfinanzierungen zu erhalten, um Bankschulden von \$ 530 Mio. zu bezahlen, für die immer höhere Zinsen anfallen. Es biete direkt und indirekt 3,5 Mio. Rentnern ärztliche Betreuung und Sozialprogramme und erhalte von tätigen Arbeitnehmern und Rentnern jährlich Beiträge für \$ 2,3 Mrd. Davon gebe es \$ 283,8 Mio. für Gehälter aus und schulde über \$ 1,3 Mrd. aus Defiziten vergangener Jahre. Durch Verringerungen der Arbeitgeberbeiträge erhalte es rd. \$ 600 Mio. im Jahr weniger.

Der US-Investmentfonds HMT&F (Hicks, Muse, Tate & Furst) löst seinen 2. Investmentfonds für Lateinamerika im Oktober auf. Es konnten nur US\$ 200 Mio. aufgebracht werden, 1/5 des angepeilten Betrages. Der andere Lateinamerikafonds von HMT&F von US\$ 964 Mio. hat hier Beteiligungen an CableVision, Torneos y Competencias und Werbeunternehmen. Die Lage habe sich so geändert, dass man heute froh wäre, wenn man US\$ 200 Mio. aufbringen könnte, erklärte ein Firmensprecher. Rd. 1/3 aller Lateinamerikainvestitionen von HMT&F wurden in Argentinien getätigt.

Der IWF hat gefordert, dass die Banken die mit Argentinien das Bestands-Kreditabkommen geschlossen haben, die vereinbarten US\$ 4,5 Mio. zur Verfügung stellen. Die Stellungnahme wurde durch den Widerstand einiger internationaler Banken ausgelöst, die Mittel gegen einen möglichen Run auf Bankdepositen flüssig zu machen, die die argentinische ZB seit 1996 laufend verpflichtet. Den Banken zufolge würde Argentinien die vereinbarten Bedingungen nicht erfüllen, weshalb sie nur US\$ 1,5 Mrd. für diese Kursabsicherung bereitstellen wollen. Ausserdem habe es technische

Fehler bei der Grossumschuldung (megacanje) gegeben. Die Forderung wurde durch den Wunsch der Regierung Bush ausgelöst, dass die Banken, die durch die Verschuldungspolitik Argentiniens begünstigt wurden, nun Bestand leisten.

Die Kfz-Zulieferindustrie verlangt von der Provinzregierung von Buenos Aires die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtung, sie von der Bruttoeinkommensteuer zu befreien. Am 2.3 hatte Gouverneur Ruckauf bei einer öffentlichen Veranstaltung vor Unternehmens- und Gewerkschaftsvertretern das diesbezügliche Gesetz unterzeichnet. Auch sei die Provinz dem Konkurrenzfähigkeitsabkommen beigetreten, das diese Provinzsteuer abschafft. Das Gesetz wurde im Provinzsenat angenommen und ruht im Abgeordnetenhaus. In der Zwischenzeit hat die Provinzregierung den Steuersatz um 30% angehoben.

Ab Oktober werden Renten über Sparkassenkonten bezahlt. Die ZB arbeitet mit dem ANSeS an den Einzelheiten für die Zahlung der Septemberrenten. Die Renten können am Bankschalter oder mittels einer Kunststoffkarte abgehoben werden.

Von 747 Renten ehemaliger Beamten der Bank von La Rioja hat das ANSeS bei 565 Unregelmäßigkeiten für \$ 15 Mio. im Jahr festgestellt. 140 Renten für \$ 4 Mio. im Jahr wurden bereits gestrichen. Gegen weitere ermittelt die Justiz.

Die Banco de Galicia, Hauptgläubiger der zur Exxel Group gehörenden Eiscremekette Freddo, sucht seit 2 Wochen das Unternehmen zu verkaufen. Exxel hatte Freddo 1998 für US\$ 82 Mio. gekauft, beschloss jedoch, das Unternehmen nach US\$ 10 Mio. Verlust aufzugeben. Die Schulden an die Galicia und andere Banken liegen bei US\$ 30 Mio. Im Vorjahr wurde in Argentinien mit Eiscrème US\$ 580 Mio. umgesetzt. In diesem Jahr liegt die Absatzschumpfung bereits bei 10%.

Die Mediterranea und Fiel Stiftungen haben ihre seit dem Vorjahr angebahnte Annäherung bekanntgegeben. Eine Fusion sei nicht vorgesehen, doch fänden Gespräche zwischen Wirtschaftsfachleuten der beiden Stiftungen statt, um gemeinsame Vorschläge auszuarbeiten.

Die Provinz Córdoba hat die Öffnung der Angebote für die Ausschreibung des provinzeigenen E-Werkes EPEC auf Ansuchen der Anbieter um einen Monat verschoben.

Die spanische SEPI, Hauptanteilseignerin von Aerolíneas Argentinas, gab bekannt, dass der Verkauf der Fluggesellschaft auf September verschoben wurde.

Das Stromverteilungsunternehmen

men Edenor gab bekannt, dass im Rahmen seiner Verpflichtung, die Strompreise an Endverbraucher alle 3 Monate den Strom-Grosshandelspreisen anzupassen, für das Quartal August-Oktober folgende durchschnittliche Tarifänderungen vorgenommen werden: Haushalte werden um 10,5% geringere Strompreise bezahlen, Geschäfte und kleine Industrien um 6,4% weniger gegenüber dem letzten Quartal und um 3,7% weniger gegenüber dem Jahresmittel.

Anlässlich der Tagung der Baukammer CAC gab Infrastrukturminister Bastos in Anwesenheit von A. Ibarra, Regierungschef von Buenos Aires Stadt, bekannt, dass Anfang nächsten Monats die ersten 10 Ausschreibungen für den landesweiten Infrastrukturplan zugeschlagen werden. Die Abschaffung verzerrender Steuern im Rahmen des Konkurrenzfähigkeitsplanes für das Baugewerbe liege zur Unterschrift des Staatspräsidenten vor.

Der Infrastrukturminister hat mit den Mautstrassen-Konzessionären die notwendigen Schritte eingeleitet, um die Mittel bereitzustellen, die bei der Neuaushandlung ihrer Vertragsbedingungen verpflichtet wurden. Der Grossteil würde in Konsolidierungsbonds, der Rest in bar zur Verfügung gestellt werden, damit die Arbeiten an 9.000 km Mautstrassen begonnen werden.

Die Arbeitgeberbeiträge von Handels- und Dienstleistungsunternehmen mit über \$ 48 Mio. Jahresumsatz wurden mittels Dekret Nr. 1009/01 (Amtsblatt vom 14.8.01) in Ergänzung des Nulldefizitgesetzes Nr. 25.453 mit 20% festgelegt. Für diese Dienstleistungen würden die gleichen Voraussetzungen wie für grosse Geschäftsunternehmen gelten.

Seit der 40%igen Realabwertung 1999 haben sich rd. 90 argentinische Fabriken in Brasilien angesiedelt, wie Adebim (Asociación de Empresas Brasileñas para la Integración en el Mercosur) bekanntgab. Die wichtigsten Branchen waren dabei Nahrungsmittel, Kfz-Zulieferteile und Energie. 1995 bis 1998 waren bereits 180 argentinische Betriebe nach Brasilien umgezogen, vorwiegend vom Baugewerbe und Dienstleistungen. Brasilianische Investitionen wurden bis 1999 nur für etwa US\$ 350 Mio. im Jahr getätigt. Als Grund gibt der Bericht die Steuergeschenke mehrere Gliedstaaten Brasiliens an.

Mit rd. US\$ 20 Mio. Investition wird der Name der kürzlich verkauften Fluggesellschaft LAPA auf ARG (Argentina Líneas Aéreas) geändert. Die Flugmaschinen werden anders lackiert, die Tapezierer der Sitze geändert. Die Maschinen für Binnenflüge sollen sich in der Farbe von jenen für internationale Flüge unterscheiden. Die Umlackierung wird von Lockheed Martin in Cordoba durchge-

führt. Die ebenfalls kürzlich gekaufte Aerovip soll ARG eingegliedert werden. Im ersten Jahr will ARG seiner Flotte jeden 2. Monat eine neue Flugmaschine eingliedern.

Die Jahresbilanz der ZB ergab gegenüber 1999 eine Gewinnzunahme von \$ 643,7 auf 965 Mio. Die Finanzeinnahmen durch höhere Zinseinnahmen aus Deviseneinlagen nahmen um \$ 289,4 Mio. zu. Die Finanzausgaben waren um \$ 19 Mio. geringer. Kursgewinne aus Änderungen der Gold-, Devisen- und Wertpapiernotierungen ergaben \$ 61,2 Mio. Gewinn gegen \$ 56,8 Mio. Verlust im Vorjahr. Aus dem Gewinn wurden zusätzlich Rückstellungen von \$ 58,6 Mio. für mögliche verlorene Prozesse gemacht. Im Vorjahr wies dieser Bilanzposten \$ 124,2 Mio. Gewinn aus. Nach der Gewinnüberweisung von \$ 550 Mio. stieg das Nettovermögen der ZB von \$ 3,84 Mrd. auf \$ 4,22 Mrd.

Die Regierung hat die Gesetzesvorlage zurückgewiesen die Fernsprechernehmen verpflichtet, den Gemeinden 2% für die Benutzung des Luft- bzw. unterirdischen Raumes für Kabellegungen zu bezahlen. Der Senat hat die Behandlung der Vorlage um eine Woche verschoben.

Durch Dekret 1010/01 (Amtsblatt vom 15.8.01) wurde Marcelo Eugenio Griffi zum Syndikus der ZB ernannt.

Durch eine strategische Allianz von Telekom und der Galiciabank tritt das Fernsprechernehmen dem Trade Com, dem Internet-Einkaufssystem der Bank, bei. Andere Partner sind Portugal Telecom, die Verbindungen zur Telefónica de España hat, und die brasilianische Unibanco. Das System gestattet Online-Ausschreibungen und -Anfragen. Telecom will es bei 15% bis 17% seiner Einkäufe von insgesamt \$ 1,2 Mrd. im Jahr einsetzen. Das seien in 5 Jahren etwa \$ 1 Mrd. mit Einsparungen von bis zu 30%. Gleichzeitig wird Telecom auch Lieferant von Trade Com, indem sie Internetzugänge, Lösungen für Datenübertragungen und die Aufrechterhaltung von Websites bietet.

Impsat, das Kommunikationsunternehmen der Pescarmona Gruppe, sucht Finanzpartner, da es Schulden von US\$ 1 Mrd. hat. Der Vorjahresumsatz erreichte US\$ 322 Mio. Impsat besitzt eine Kommunikations-Infrastruktur in beinahe ganz Lateinamerika und bedeutende Vorhaben in Brasilien. Die Pescarmona Gruppe soll auch ein Kaufangebot für Aerolíneas Argentinas ausarbeiten.

Die argentinische DuPont-Filiale investiert US\$ 4 Mio. in die Erweiterung der Produktionskapazität von elastischen Lycra-Garnen in ihrem Werk in Mercedes, Provinz Buenos Aires. Damit wird auch die Einfuhr des Lycra XA für Einwegwin-

deln, das bisher aus Europa und Kanada eingeführt werden musste, häufig. Von der Produktionserweiterung sind 30% für den Binnenmarkt bestimmt. Von den Gesamtausfuhren sind 80% für Südamerika und 20% für Europa und Südafrika vor-gesehen.

Die Umsätze mit Kunststoffkarten erreichten im Vorjahr \$ 16,5 Mrd. Für 01 wird mit einem Rückgang gerechnet, da die Umsätze des 1. Halbjahres um 7% bis 10% unter jenen des gleichen Vorjahreszeitraumes lagen. Den Banken zufolge sind weder die Säumnigkeiten bei den Zahlungen noch die Schliessungen von Kartenkonten grösser oder häufiger als im Vorjahr.

Seit Jahresbeginn wurden im Juni zum 2. Mal Absatzrückgänge bei Massenverbrauchsgütern verzeichnet. Ausser bei Reinigungsmitteln, die 1% zulegten, wurden folgende Rückgänge verzeichnet: Nahrungs- und Genussmittel 6,2%, Parfümerie und Kosmetik 9,4% und Getränke 7,8%. Die Zahlen stammen aus der monatlichen Ermittlung von Home Research 6 Analysis.

Die Regierung hat die im Juni per Dekret verfügte Deregulierung der Stromlieferungen auf das nächste Jahr verschoben.

Die gesamten Einnahmen der AFIP aus Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen in der ersten Augushälfte um 10% unter dem gleichen Vorjahreszeitraum, so dass mit einem schlechten Ergebnis für ganz August gerechnet wird. AFIP-Direktor Héctor Rodríguez wies darauf hin, dass dies vorwiegend auf die Illiquidität und die hohen Zinsen

zurückzuführen sei.

Richter Gabriel Cavallo hat die Prozessierung von Ricardo Cossio (Direktor des Steueramtes von Ende 1989 bis Mitte 1995) und 17 ehemaligen hohen Beamten des Unternehmens IBM verfügt. Es handelt sich hier um den Vertrag des Steueramtes mit IBM und Banelco für US\$ 512 Mio., über die Einrichtung und Betreuung eines Informatiksystems, um das Inkasso von Steuern und Sozialabgaben von den Banken an die einzelnen Konten weiterzuleiten und zu kontrollieren. Der Vortrag ist nach vier Jahren, während denen das System perfekt funktionierte, abgelaufen, wonach Silvani es direkt durch das Steueramt betrieb, wobei ständig Schwierigkeiten auftraten. Die Anzeige war von Carlos „Chacho“ Alvarez, Alfredo Bravo und Viqueira (alle drei damals Frepaso-Deputierte) erstattet worden, weil der Vertrag direkt zugeteilt wurde, obwohl dies gesetzlich in Ordnung war. Ein billigeres Angebot wurde abgelehnt, weil nicht der notwendige Rückhalt und die Garantie bestand. Der Prozess wurde 1996 eingeläutet und die Richter wissen nicht, was sie machen sollen, da sie den Fall kaum verstehen und keinerlei Beschuldigung wegen inhaltlicher Unregelmässigkeiten besteht. Die Akten umfassen schon über 7.000 Seiten. Jetzt wurde auch Minister Domingo Cavallo als Zeuge vor Gericht geladen.

Einige Unternehmen werden über die Banken Gehälter und Soziallasten gleichzeitig bezahlen. Vertreter der Privatwirtschaft kamen mit der Wirtschaftsführung überein, mit dieser Massnahme die von der Regie-

rung angestrebte Vereinfachung des Zahlungssystems zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und Beitragshinterziehung zu beginnen.

Das Dekret 1034/01 (Amtsblatt vom 17.8.01) bestimmt, dass private Erziehungsinstitute (Schulen und Universitäten), die in den Gesetzen 24.195 und 25.453 inbegriffen sind, vom Paragraphen des Dekretes 814 vom 20.6.01 ausgenommen werden, der die Erhöhung des Pensionskassenbeitrages für Dienstleistungsunternehmen von 16% auf 20% verfügt.

Die Industrieproduktion ist im Juli im Vormonatsvergleich um 2,1% und im Vorjahresvergleich um 4,1% zurückgegangen, wie das Statistikamt bekanntgab. In den ersten 7 Monaten beträgt der Rückgang 2,5%. Seit Beginn der Rezession im Juli 1998 sind es 11%. Bei der metallverarbeitenden Industrie beträgt der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 22,6% und bei Kfz 19,2%. Weitere stark betroffene Industrien sind Textilien, Metalle, Kautschuk und Kunststoffe, nichtmetallische Mineralien und Tabak. Alle diese Branchen haben in den letzten Monaten Konkurrenzfähigkeitspläne erhalten, ohne dass bisher positive Ergebnisse verzeichnet wurden. Produktionszunahmen gab es bei der Chemie, Erdölraffinerie und Papier. Bei Lebensmitteln und Getränken gab es leichte Zunahmen.

Pami-Interventor Pistorio hat dem Kabinett einen Plan vorgelegt, um ab September jährliche Einsparungen von \$ 96 Mio. zu erzielen. 3.800 Beamten sollen abgebaut und verschiedene Dienstleistungen umstrukturiert werden, an 1. Stelle der Rettungs-

wagendienst. Hier sollen 719 Mitarbeiter abgebaut und das Etat um \$ 23,8 Mio. verringert werden. Ohne diese Massnahmen würde die Abteilung \$ 60 Mio. im Jahr benötigen. Der Rettungswagendienst des SAME benötigt ein Drittel dieses Betrages.

550 Steuerinspektoren suchen Schwarzarbeit und andere Hinterziehungen. Die Zuweisung ausserordentlicher Mittel für Fahrtspesen ermöglichen die Sonderaktion bis Jahresende, wie Steuereinspektor Sericano bekanntgab. Firmen, die mehr als 50 km von den Steuerämtern entfernt sind, wurden nicht kontrolliert, weil keine Reisegelder vorhanden waren.

Argentinien und Uruguay wollen die Errichtung eines 2. Staudammes am Uruguayfluss durch die Privatwirtschaft durchführen lassen. Damit soll die Stromlieferung des Salto Grande Kraftwerkes um 25% erhöht werden. Die Investition liegt bei US\$ 350 Mio.

Die Regierung hat bei Gericht Berufung gegen die Urteile eingelegt, die die im Rahmen des Nulldefizitgesetzes verfügten Gehaltskürzungen untersagen. Es geht um Klagen der Bank- und Staatsbeamten-gewerkschaften.

Die Regierungsvorschläge an die Gouverneure, um die vom IWF geforderten Änderungen der Abkommen über Provinzbeteiligungen an Nationalsteuern umzusetzen, stossen auf Widerstand. Die Frage wird der Landessteuerkommission übertragen, an der Delegierte der Provinzwirtschaftsminister beteiligt sind.

In den 12 Monaten nach der Ermittlung vom Mai 2000, durch die das Statistikamt Indec im Raum Gross Buenos Aires 3.546.000 in Armut lebende Einwohner festgestellt wurden, hat sich diese Zahl um weitere 413.000 erhöht. Von den 12,1 Mio. Einwohnern leben demnach 32,7% in Armut. Nach den Angaben des Statistikamtes werden jene Menschen als in Armut lebend eingestuft, deren Einnahmen nicht ausreichen, um einen festgesetzten Waren- und Dienstleistungskorb zu bezahlen. Ein Drittel der Bevölkerung von Gross Buenos Aires ist demnach arm. Das ist der höchste Anteil seit 1991.

Die Einstufung des Indec legt fest, dass eine Familie mit zwei Kindern und einem Monatseinkommen von bis zu \$ 470 oder ein Alleinstehender mit bis zu \$

Zunehmende Armut in Gross Buenos Aires

155 im Monat, arm ist. 838.000 Familiengruppen mit 3.959.000 Mitgliedern verfügen über weniger als \$ 4 pro Kopf und Tag, um sich zu ernähren.

Im Rahmen der zunehmenden Armut ist der Anteil der im Elend lebenden bedeutungsvoll. Das Statistikamt stuft hier jene Menschen ein, die nicht einmal über die notwendigen Mittel verfügen, um sich die lebensnotwendigen Kalorien leisten zu können. Für das Statistikamt sind das jene, deren Einnahmen für eine vierköpfige Familie unter monatlich \$ 200 und unter \$ 63 für Alleinstehende liegen. Das sind \$ 1,65 und weniger pro Tag. In dieser Lage befinden sich im Ermittlungsgebiet 264.000

Heime mit 1.247.000 Menschen. Da das Statistikamt im Vorjahres-mai 892.000 im Elend lebende Menschen verzeichnet hatte, bedeutet das, dass von den 413.000 dazugekommenen Armen der Grossteil, 355.000, in äusserster Armut, das heisst im Elend, leben. In Buenos Aires Stadt hat die Armutsquote von 10,3% auf 10,9%, das sind knapp 350.000 Arme zugenommen.

Die Zunahme von Armut und Elend ist auf die steigende Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung zurückzuführen, wodurch eine Einkommensverringerung jener 30% der Bevölkerung, die weniger als \$ 300 im Monat verdient, um 5% entstand. Besonders betroffen ist davon der sogenann-

te zweite Gürtel von Gross Buenos Aires, die Vororte Almirante Brown, Berazategui, Esteban Echeverría, General Sarmiento, Florencio Varela, La Matanza, Merlo, Moreno, San Fernando und Tigre. In diesem Raum beträgt die ermittelte Armutquote 48,9%. In den letzten 12 Monaten zum Mai stieg die Zahl der Armen um 330.000, wodurch dort jetzt jeder zweite arm ist.

Bis Mitte der 70er Jahre war die Armut in Argentinien eine Randerscheinung bei etwa 5% der Familien. In den 80er Jahren nahm sie auf 12% zu und schnellte während der Hyperinflation 1989/90 hoch. Nach dem Konvertibilitätsplan ging sie wieder zurück, doch ab Mitte 1994 nahm sie wieder stetig zu. Im Raum Gross Buenos Aires hat sie sich seither von 1,8 Mio. auf beinahe 4 Mio. Arme praktisch verdoppelt.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

In Wartestellung

Die Verhandlungen der Wirtschaftsführung mit dem Internationalen Währungsfonds befinden sich in Wartestellung. Die meisten Mitglieder der umfangreichen Delegation in Washington sind heimgekehrt. Geblieben sind Finanzsekretär Da-niel Marx und der Sekretär für Wirtschaftspolitik Federico Sturzenegger. Inzwischen hat sich der Ärger der Fondsleitung mit den vorlauten Erklärungen argentinischer Spitzenbeamter über den erwarteten Abschluss der Verhandlungen voll ausgewirkt. Niemand öffnet seinen Mund, um grossmülig Ankündigungen zum besten zu geben, insbesondere Zahlen über die kommenden Gelder. Schweigen ist entschieden Gold wert, zumal wenn es um Milliarden Dollar geht, mit denen der gefürchtete „default“ vermieden werden soll. In den lokalen Medien wird munter weiter über viele Milliarden gefaselt, die angeblich zur Zahlung ausstehen, beispielsweise US\$ 15 Mrd. Hilfs-gelder oder gar US\$ 20 Mrd.

Zu Beginn der Verhandlungs-woche in Washington fand eine Fernsehkonferenz zwischen dem Fondsleiter Horst Köhler und den Unterstaatssekretären der Finanzen der sieben grössten Wirtschaftsmächte, bekannt als G-7, statt, um über Argentinien zu beraten. Das war in dieser Form, wo alle in ihren Büros sitzen, aber über Fernsehen miteinander reden und argumentieren, noch nie geschehen. Was immer auch dabei herauskam, die Tatsache allein der Fernsehkonferenz zeugt von der grundsätzlichen Bereitschaft der Wirtschaftsgewaltigen, Argentinien beizustehen. So etwas hatte es bisher nie gegeben und geschah als Folge der Erklärungen der G-7 in Genua sowie der einzelnen Regierungschefs zugunsten Argentiniens wie dieser Tage auch die Präsidenten der sogenannten Rio-Gruppe Latein-amerikas, die sich in Santiago mit Präsident de la Rúa trafen.

Derweil wird intensiv verhandelt, während im Wirtschaftsministerium zeitgleich die Vorlagen für das Haushaltsgesetz 2002 ausgearbeitet werden. Dabei fällt die Axt, die Etatpositionen gnadenlos kürzt, darunter auch den

Sonderfonds im Innenministerium zugunsten notleidender Provinzen, der seit acht Jahren besteht und vielfach für allerlei parteipolitische Zwecke missbraucht worden ist. Der verbleibende Posten von \$ 70 Mio. für 2001 soll 2002 verschwinden. Ursprünglich sollte dieser Fonds alljährlich 1% des Haushalts betragen. Das ist entschieden nicht mehr machbar.

Anses und PAMI mit vielen tausenden Beamten werden ebenfalls auf Herz und Nieren geprüft, damit überflüssige Beamten entlassen und faule Subventionen sistiert werden. Kabinettschef Colombo meinte hierzu in einem Pressegespräch, PAMI verwalte mit 11.700 Beamten Leistungen für 3,5 Mio. Rentner, während das Sozialwerk der Gewerkschaft der Handelsangestellten mit tausend Mitarbeitern für 1,5 Mio. Angestellte auskommt. Entlassungen, Gehaltskürzungen von 13% sowie Honorarsenkungen von 30% blühen zwecks Senkung der Ausgaben. Anses erwartet \$ 300 Mio. weniger.

Überall bei der öffentlichen Hand wird jetzt gespart, auch in der Provinz Buenos Aires, die bereits Zahlungsunfähigkeit angekündigt und die Gehälter der Beamten verspätet sowie teilweise mit Bonds Patacon bezahlen wird, was bisher noch nicht gelungen ist. Der Fall wird von der Provinzjustiz behandelt, die auf den ausgefallenen Gedanken kam, dass Gouverneur Ruckauf persönlich dafür haften soll, was dieser verständlicherweise ablehnt, so dass die Gehälter mangels Finanzierung weiterhin verzögert werden.

Die öffentliche Hand Argentiniens hat in den letzten zehn Jahren die Beamtenschaft fühlbar angehoben. Die Nation beschäftigt 417.000 Beamte und Vertragspersonal, die 24 Gliedstaaten 1,3 Mio. und die 2.200 Gemeinden 470.000, zusammen 2,18 Mio., nachdem die Nation über eine halbe Million durch Privatisierungen und Entlassungen mit Entschädigungen abgebaut hatte, während Lehrkräfte und Sanitätspersonal an die Gliedstaaten abgegeben worden sind. Beschäftigungspolitik durch Einstellungen

Neue Rahmenordnung für Staatseinkäufe

Mittels Dekret Nr. 1023/01 (Amtsblatt vom 16.8.01) wurden die im Buchungsgesetz von 1956 festgelegten Bedingungen für Staatseinkäufe geändert. Präsident de la Rúa musste auf die ihm im April durch Gesetz verliehenen Sondervollmachten zurückgreifen, um dem Dekret Rechtsgültigkeit zu verleihen.

Die 40 Paragraphen des Dekretes wurden von Marcos Makón, Staatssekretär für die Modernisierung des Staates, verfasst. Das Antikorruptionsamt hat die Änderungen unterstützt. Ein Abschnitt des Dekretes enthält eine Antikorruptionsklausel in der „der Handel mit Einflüssen“ abgeschafft werden soll und damit jedwede Machenschaft, um sich von Funktionären rechtswidrige Vorteile zu sichern.

In Regierungskreisen verlautete, dass alleine die Qualitätsverbesserung bei den Beschaffungsmethoden jährliche Einsparungen von \$ 200 Mio. gestatten werden. Dazu soll die Anfertigung von Verträgen transparenter gestaltet, ihre Abwicklung bekanntgemacht und die Verantwortung für sie jenen Beamten übertragen werden, die sie bewilligen.

Neu sind vor allem folgende Bedingungen:

- Die an Vertragsabschlüssen mit dem Staat Interessierten können die Lastenhefte beanstanden. Damit wird das Risiko gezielter Lastenhefte verringert. Das seien jene, die so abgefasst werden, dass sie einen bestimmten Anbieter begünstigen.

- Die Beamten, die Verträge autorisieren oder bewilligen, sind für Schäden, die dem Staat durch sie entstehen, verantwortlich.

- Alle amtlich vorhandenen Informationen werden eingesetzt, um zu verhindern, dass Schuldner des Staates als Anbieter auftreten können.

- Öffentliche Versteigerungen, die bisher ausschliesslich beim Kauf oder Verkauf von Immobilien zulässig waren, können auch bei anderen Angeboten eingesetzt werden. Das werde zur transparenteren Konkurrenz beitragen.

- Geheime Vertragsabschlüsse, wie sie das Buchungsgesetz von 1956 vorsieht, werden untersagt.

Wirklich neu ist auch, dass der Staat nun auch elektronische Vertragsabschlüsse tätigen darf. Bei den meisten öffentlichen Ausschreibungen wird Information verheimlicht. Werden die Einkäufe jedoch über das Internet getätigt, werden sie ohne jede Einschränkung öffentlich sein.

im Staat zu betreiben, macht sich nicht bezahlt, wenn als ihre Folge die Staatsausgaben ausufern. Hier setzt das Sparprogramm ein, das mit dem Währungsfonds für 2001 und 2002 ausgehandelt wird und nachher der Billigung der Exekutive und ihrer Minister sowie beider Kammern des Kongresses bedarf.

Indessen schaut niemand auf die Einnahmen aus hinterzogenen Steuern und Sozialabgaben, um die sich weder die Regierung noch der Währungsfonds kümmern. Mangels einer Beteiligung privater Firmen bei der Eintreibung der Steuern, die viele Millionen Argentinier laufend hinterziehen, ohne belangt zu werden, wird die Rechnung mit dem Nulldefizit nicht aufgehen. Hierfür müssen mindestens \$ 5,0 Mrd. abgespeckt werden, die im Abkommen mit dem Fonds als Defizit für 2002 vermerkt worden waren.

Dabei ist die Einhaltung des Nulldefizits das eigentliche

Pfand, damit die Glaubwürdigkeit argentinischer Politiker im In- und Ausland aufpoliert werden kann. Zu oft und immer wieder haben Politiker an Machthebeln sich anders verhalten, als sie versprochen hatten, als dass ihnen jetzt ohne Garantien zur Einhaltung des Nulldefizits geglaubt werden kann. Genau das steht in Washington zur Diskussion, damit auch argentinische Sparer mit geflüchteten Bankdepositen von \$ 13 Mrd. seit Januar 2001 heimkehren, weil sie weder eine Abwertung noch ein „default“ oder eine Konfiszierung ihrer Einlagen fürchten wie bisher. Inzwischen ist die Länderriskoprämie ebenfalls in Wartestellung unter 1.400 Basispunkte gefallen, weil die Bondskurse entsprechend zunehmen. Die Währungsreserven und die Depositen blieben in der Berichtswoche stabil bei US\$ 15,5 Mrd. bzw. \$ 76 Mrd. in Hinblick auf den Ausgang der Washingtoner Verhandlungen.

Carlos Bastos, Minister für Infrastruktur, hat kurz nach seiner Amtseinstellung die Rahmenordnung für die Elektrizitätswirtschaft geändert. Die bestehende Gesetzgebung hat er selber ausgearbeitet, als er unter Cavallo von 1991 bis 1996 Energiesekretär war. Man muss davon ausgehen, dass er weiss, was er tut, da er ein hervorragender Fachmann auf diesem Gebiet ist. Das System, das der verstorbene Carlos Givogri ausgearbeitet hat, der von der Stiftung „Fundación Mediterránea“ verpflichtet worden war, wurde dann von Bastos in die Praxis umgesetzt. Es handelt sich um die effizienteste Rahmenordnung der ganzen Welt, wobei in Argentinien der Umstand, dass die Wasserkraftwerke, deren Leistung stark schwankt, etwa die Hälfte des Stromes liefern, den Fall besonders erschwert. Der Erfolg ist sichtbar: die Kapazität der Kraftwerke, des Stromtransports und der Verteilung wurde stark ausgebaut und die Leistung auch qualitativ verbessert. Der Strompreis ging auf Grund der Konkurrenz, die das System eingeführt hat, stark zurück, so dass Unternehmen den Strom um 30% bis 50% billiger als vorher beziehen. Der Strompreis war früher eine Komponente der „argentinischen Kosten“; jetzt ist er ein Konkurrenzvorteil für argentinische Unternehmen.

Indessen ist der Strompreis zu stark gesunken, so dass die Ren-

Diskussion über die neue Stromordnung

tabilität der Kraftwerke im Durchschnitt etwa 1% beträgt, weshalb keine neuen Investitionen durchgeführt werden. Da diese rechtzeitig geplant werden müssen und ihre Durchführung zwei oder mehr Jahre dauert, haben Experten die Befürchtung geäußert, dass es in einigen Jahren zu einer Stromknappheit wie jetzt in Brasilien und Kalifornien kommen könne. Das sollte eigentlich nicht eintreten, da die Regierung schon Schritte unternommen hat, damit das Wasserkraftwerk von Aña Cua bei Yacyretá gebaut wird, und der Pegel des Staudammes dieses Riesenerkes auf 83 Meter angehoben wird, womit seine Leistung um 80% erhöht wird. Ebenfalls sollte gelegentlich das Kernkraftwerk Atucha II fertiggestellt werden. Und dann würde die Privatisierung der Kraftwerke der Stromunternehmen von Córdoba und Santa Fé auch zu erhöhter Leistung führen, da die Kraftwerke dann voraussichtlich modernisiert werden würden, u.a. mit dem kombinierten Gas/Dampf-Zyklus.

Bastos hat sich jedoch der These angenommen, dass mehr investiert werden muss. In der Tat besteht die Möglichkeit, Brasilien stärker mit Strom zu versorgen, wobei es sinnvoll ist, dieses Produkt zu exportieren, das in Argentinien billiger erzeugt werden kann. In diesen Sinn hat er die

bestehende Stromordnung per Dekret 804/2001 geändert. Der Preis soll nicht mehr einheitlich über CAMMESA gebildet werden, das Organ welches den Grossistenmarkt verwaltet, sondern es sollen auch direkte Abkommen zwischen Erzeugern und Stromverbrauchern sowie Verteilern abgeschlossen werden, wobei auch Stromhändler zugelassen werden, die nicht direkt am Geschäft beteiligt sind, aber befugt werden, Strom zu kaufen und zu verkaufen. In der Praxis geht es darum, dass Unternehmen, die in neue Kraftwerke investieren, das Projekt insofern absichern können, als sich die Verteiler oder direkte Kunden gleichzeitig verpflichten, den Strom in Zukunft zu einem vorbestimmten Preis abzunehmen. Der Verteiler sichert sich dann eine bestimmte Menge zu einem Preis, von dem er annimmt, dass er unter dem Marktpreis liegen wird, da dieser sehr wahrscheinlich steigen wird, eben weil er jetzt anormal niedrig ist. Gegen diese neue Ordnung hat nun der Verband der grossen Stromverbraucher (Aguera) protestiert, einmal mit formellen Argumenten (das die Regierung keine Befugnisse habe, um diese Massnahme zu treffen), und dann, weil dieses neue System eine Preiserhöhung mit sich bringen werde. Nun ist gerade dies der Zweck der Massnahme, eben um

Investitionen anzuregen. Ohnehin würde der Preis auch beim alten System steigen, wenn eine weitere Hochspannungsleitung nach Sao Paulo gelegt und die brasilianische Nachfrage zum Teil befriedigt wird. Aber ohne Investitionen besteht eben die Gefahr, dass der Preis gelegentlich zu stark steigt, wie es in Kalifornien der Fall war, wo infolge verkehrter staatlicher Regulierungen keine Investitionen durchgeführt wurden.

Die Argumente beider Seiten, sowohl der Regierung, wie der Gegner der Reform, sind schwer verständlich. Wie üblich hat die Regierung den Fall nicht gut erklärt. Im Senat wurde schon ein Gesetzesprojekt verabschiedet, durch das das Dekret 804 ausser Kraft gesetzt wird; jetzt muss die Deputiertenkammer entscheiden. Im Parlament geht es allerdings um etwas anderes, nämlich darum, dass Bastos auch den Plan ausser Kraft gesetzt hat, den die vorangehende Energiesekretärin Deborah Giorgi ausgearbeitet hatte, der dann in ein Dekret gekleidet wurde und darin bestand, ein Hochspannungsnetz auszuschreiben, das die Kordillereengebiete verbindet und diesen den Zugang zu Strom aus anderen Gegenden sichert. Bastos ist nicht überzeugt, dass dieses Proejkt sinnvoll ist, und will es auf alle Fälle der freien Entscheidung der Unternehmen der Branche überlassen, ob sie diese Leitungen legen oder nicht.

Kreditkarten als Mittel zur Steuerkontrolle?

Wirtschaftsminister Cavallo schreitet mit seiner Strategie der indirekten Steuerkontrolle kühn fort. Bisher ging es um die Verkoppelung von Steuern, die kaum hinterzogen werden können, wie die Steuer auf Girokontenbewegungen, mit der MwSt. und der Gewinnsteuer, die in hohem Ausmass hinterzogen werden. Jetzt schlägt er vor, dass bei Käufen mit Kreditkarten ein Abschlag auf die MwSt. erfolgen soll, so dass die Verwendung dieser Zahlungsform gefördert wird. In diesem Fall sind keine schwarzen Verkäufe möglich, da diese Geschäfte genau registriert werden und eine ordentliche Rechnung (oder ein Ticket) ausgestellt werden muss, weil der Verkäufer sonst

sein Geld vom Kreditkartenunternehmen nicht erhält.

Dieses System besteht in Südkorea, wo es angeblich erfolgreich ist. Obwohl in Argentinien etwa 11 Mio. Kreditkarten bestehen, von denen kaum 8 Mio. aktiv sind, werden vorerst nur 8% der Verkäufe von Waren und Dienstleistungen über Kreditkarten abgewickelt, wobei damit gerechnet wird, dass bei Verringerung des MwSt.-Satzes dieser Anteil bis zu 40% steigen könnte. Die Kreditkartenunternehmen sind selbstverständlich mit dieser Reform einverstanden, die ihr Geschäftsvolumen verfünffachen würde. Gewiss würde dabei die Hinterziehung verringert; aber dennoch ist diese Initiative nicht

so einfach.

Zunächst bestünde ein Einwand sozialer Art. Die ärmeren Bevölkerungsschichten kaufen nicht mit Kreditkarten und haben wohl kaum die Möglichkeit, sie zu erhalten. Sie müssten somit teurer kaufen als Personen mit höherem Einkommen. In diesem Sinn würde wohl auch vom juristischen Standpunkt eingewendet werden, dass eine Ungleichheit vor dem Gesetz geschaffen wird. Damit die Kreditkarte für alle zugänglich ist, müssten die Kreditkarten mit Vorauszahlung verbreitet werden, bei denen ein bestimmter Betrag magnetisch gespeichert wird, der dann mit den Belastungen bei Käufen verrechnet wird. Hier wären es dann allerdings keine Kre-

ditkarten im echten Sinn des Wortes, sondern Zahlungskarten.

Die Initiative erfordert auf alle Fälle eine Studie, die ermitteln muss, ob der Verlust an Fiskaleinnahmen, der durch die Verringerung des Satzes der MwSt. entsteht, durch die Mehreinnahmen ausgeglichen wird, die als Folge der geringeren Hinterziehung eintreten. In diesem Sinn sollte der koreanische Fall zunächst genau studiert werden. Denn jeder Punkt der MwSt. stellt eine jährliche Einnahme für den Fiskus von etwa einer Milliarde Pesos dar, so dass man mit einer Verringerung sehr aufpassen muss, da diese wohl mindestens zwei Punkte betragen müsste, um interessant zu sein.

Bernardo Cané, Vorsitzender des landwirtschaftlichen Sanitätsdienstes SENASA, hat in der Vorwoche sanitäre Restriktionen beim Import von Schweinefleisch und Geflügel aus Chile angewendet und auf diese Weise einen Import von US\$ 40 Mio. unterbunden. Vorher waren argentinische Sanitätsbeamten nach Chile gereist, um die Verarbeitungsbetriebe dieser Produkte zu kontrollieren, wobei dann 15 von 21 Anlagen nicht genehmigt wurden. Dabei wurde das argentinische Importverbot auch auf eine chilenische Nestlé-Fabrik für Babynahrungsmittel ausgedehnt. Der chilenische Landwirtschaftsminister, Jaime Campos, reiste daraufhin sofort nach Buenos Aires, erreichte jedoch bei Landwirtschaftssekretär Marcelo Regúnaga überhaupt nichts. Im Gegenteil: jetzt soll eine weitere Mission die Fabriken kontrollieren, die Fischereiprodukte verarbeiten.

Chile hatte vorher argentinische Lieferungen behindert und

Die Spiegelstrategie beim Aussenhandel

auch den Schaftransport von Santa Cruz nach Feuerland über chilenisches Gebiet nicht zugelassen, obwohl es dort keine Maul- und Klauenseuche gibt. Cané erklärte, Argentinien werde allgemein bei Importen von landwirtschaftlichen Produkten die gleichen Kriterien anwenden, die die jeweiligen Exportländern für argentinische Produkte gelten lassen. Das nannte er „die Spiegeltheorie“. Dieses Kriterium soll jetzt unmittelbar für Importe aus Brasilien und der Europäischen Union angewendet werden. Wenn die Sanitätsfachleute der EU nach Argentinien kommen, prüfen sie die Tierzucht durch die Landwirte, das Bescheinigungssystem, das Niveau an Residualsubstanzen und auch den Weg jedes Produktes vom Landwirt zum Konsumenten. Das gleiche System wird jetzt von Argentinien für EU-Lieferungen angewendet.

Cané war schon vor einigen Jahren, unter Landwirtschaftssekretär Felipe Solá, für das SENASA zuständig, und hatte damals schon die Vergeltungsthese eingeführt, als bestimmt wurde, dass Taiwan keine Fischereilizenzen mehr erhalten würde, solange es den Import von argentinischem Rindfleisch verbiete. Wenn sich Argentinien systematisch gegen diese kommerziellen Aggressionen wehrt, wird zunächst weniger importiert, was gegenwärtig gut ist; aber dann wird es voraussichtlich zu Verhandlungen mit verschiedenen Staaten kommen, wobei dann eventuell erreicht wird, dass der Export argentinischer landwirtschaftlicher Produkte nach Chile, Brasilien, der EU u.a. erleichtert wird.

Dies hat nichts mit sogenannter „Retorsion“ zu tun, die in der Einführung von Sonderzöllen für auserlese Produkte eines Landes

besteht, das Argentinien in einer von der WHO nicht zugelassenen Form schädigt. Zum Beispiel: Japan lässt den Import von argentinischen Rindfleisch nicht zu, auch als das Land frei von Maul- und Klauenseuche war. Aber ausserdem verfügt Japan, dass gekochtes Rindfleisch, dessen Import zugelassen wird, einer unnötig hohen Tempartur und langen Zeit unterworfen werden muss (viel mehr als in den USA, wo die vorgeschriebene Temperatur ohnehin schon höher als notwendig ist, um eventuelle Viren der Maul- und Klauenseuche zu töten), so dass das Fleisch dann minderwertig wird und sehr schlecht verkauft werden kann. All das verstösst gegen WHO-Normen, ohne dass Argentinien protestiert. Vielleicht ändert sich das jetzt, nachdem das Landwirtschaftssekretariat einen ersten Anstoss in diese Richtung gemacht hat. Im internationalen Handel muss jedes Land um seine Rechte kämpfen. Sonst wird es überfahren.